

Bezugspreis: Vierteljahr 7,50 Mk., monatlich 2,50 Mk. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kompagnie ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 19. März 1919

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Verschärfung der Lage in Frankreich.

Warnungen der Presse.

Paris, 19. März. Zwischen der linksradikalen Pariser Presse und den rechtsstehenden Blättern findet eine scharfe Polemik über die Gefährdung der internationalen Lage durch gewisse Tendenzen statt.

„L'heure“ führt aus, daß das sich immer mehr bemerkbar machende Unbehagen auf die langsame Demobilisierung zurückzuführen sei, und schreibt weiter: Wenn der Kriegszustand weiter verschleppt wird und unumkehrbar Milliarden hinausgeworfen werden, können in einigen Wochen Ereignisse eintreten, deren Tragweite man heute nicht absehen kann.

Herzé versucht in der „Vieille“ die Arbeiterklasse zu beschwichtigen, indem er an ihre Verständigkeit appelliert. Es ist unbegreiflich, schreibt er, daß die Eisenbahner mit dem Generalkonflikt drohen können, solange der Frieden noch nicht unterzeichnet ist.

Die Arbeiterkrise in England.

Osney, 19. März. (D. N.) Aus Paris wird gemeldet: Lloyd George hat auf den bekannten Brief, daß er im Augenblick Paris nicht verlassen solle, den Beschluß gefaßt, vorläufig nach England zurückzukehren.

Amsterdam, 19. März. „Telegraaf“ meldet aus London, daß Lloyd George im Hinblick auf die Schwierigkeiten mit der englischen Arbeiterschaft den Arbeitersführer Thomas ersucht hat, sofort nach Frankreich zu kommen.

Paserverweigerung für englische Sozialisten.

Die internationale Untersuchungskommission für Rußland.

Aus Amsterdam, 19. März. (Sig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach Mitteilungen aus London hat die englische Regierung den englischen Mitgliedern der in Bern eingeleiteten internationalen sozialistischen Kommission zur Untersuchung der Lage in Rußland die Pässe verweigert.

Ein Sozialisierungsministerium in Ungarn.

Budapest, 19. März. Der Ministerrat beschloß die Errichtung eines Sozialisierungsministeriums, welches die in der Verwaltung der verschiedenen Ministerien befindlichen Industriebetriebe übernehmen, ferner die staatliche Verwaltung der zur Sozialisierung reifen Industriebetriebe vorbereiten und durchführen wird.

Die Bildung neuer Bundesstaaten.

Beratung im Verfassungsausschuss.

Weimar, 19. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die heutige Sitzung des Verfassungsausschusses begann um 9 1/4 Uhr. Es steht Artikel 15 der Regierungsvorlage zur Beratung. Dieser Artikel beschäftigt sich mit der eventuellen territorialen und politischen Neugliederung der Deutschen Republik.

„Den Deutschen steht es frei, ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgrenzen neue deutsche Freistaaten innerhalb des Reichs zu errichten, soweit die Stammesart der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und die geschichtlichen Beziehungen die Bildung solcher Staaten nahelegen.“

Der jetzt zur Beratung stehende Regierungsentwurf mildert in seinem § 15 die Zahl auf 1 Million herunter und spricht im übrigen von kleineren Ländern oder Landesteilen, die sich zusammenschließen können mit größeren Ländern Deutschlands.

Heute morgen begann über diesen Artikel 15 die Diskussion, nachdem gestern abend nach Referat und Konferenz hierzu über Stellungnahme diskutiert hatten.

für die Verschlagung Preußens

kräftig einsetzte. Er verlangte vor allem die Gründung einer rheinisch-westfälischen Republik mit Anschließ der West- und Rhenanischen Teile, die nach dem Rhein gravitieren. In temperamentsvollen Ausführungen erklärte er, daß das Rheinland bisher in Preußen zu kurz gekommen sei.

Nach Trimborn ergriff das Wort der preussische Justizminister Heine. Er sagte: Auch der existentielle Partikularismus motiviere seine Anträge und seine Stellung dazu jetzt mit seinem Interesse für die Reichseinheit.

Der Kieler Kanal und die deutschen Kabel.

Die Verhandlungen in Paris.

Paris, 18. März. Nach dem diplomatischen Situationsbericht sind die beiden Fragen der deutschen Kabel und des Kieler Kanals noch zu regeln. Es handelt sich dabei darum, ob die deutschen Kabel zurückgegeben oder unter die Alliierten überstellt werden sollen, und ob der Kieler Kanal im Besitz der Deutschen gelassen werden soll.

Die Haltung des „Vorwärts“.

Es gibt viele Arbeiter, deren Stimmung bisher verhindert hat, sich auf das politische in Deutschland Neugeordnete geistig neu einzustellen. In ihrer Erinnerung lebt die grundsätzlichen-oppositionelle Haltung der Sozialdemokratie und ihrer Organe so stark, daß sie auch heute in einer Zeit ganz anderer politischer Machtverteilung zwar mit dem Herzen am Neugeordneten, aber stimmungsmäßig doch noch an ihrer früheren Haltung hängen.

Daraus erklärt sich, daß sie den „Vorwärts“ als „Regierungsblatt“ ansprechen und ihr Wunsch, daß er, wie früher in den Zeiten der Junkerherrschaft, die Fahne grundsätzlicher Opposition schwingen soll.

Bevor man das voll erkennen kann, muß man prüfen, was denn seit dem 9. November in Deutschland vorgegangen ist.

Die Revolution hat den alten Obrigkeitsstaat vernichtet. An die Stelle der Hohenzollern- und Junkerherrschaft ist die Herrschaft des Volkes getreten. Der Hauptgegenstand für unsere frühere oppositionelle Haltung ist gefallen.

Die Revolution ist in Deutschland die Herrschaft des Volkes ausgerichtet worden. Was jetzt geschieht, geschieht mittels der reinsten Demokratie durch das Volk selbst.

Deutschland hat das freieste Wahlrecht der Welt. Die politische Demokratie ist bei uns restlos durchgeführt und alle Schranken sind niedergedrückt worden, die bisher die Arbeiterschaft von der politischen Gleichberechtigung abgesperrt haben.

Die Revolution hat der Arbeiterschaft, wie die Wahlen zur Nationalversammlung zeigten, nicht die ganze Macht, aber doch die entscheidende Macht im Staate in die Hand gedrückt. Und mit dieser Machtübernahme sind uns Verantwortlichkeiten auferlegt worden, die mit noch bestem Wissen zu tragen haben.

Die Unabhängigen im Verein mit den Sozialisten haben es sich leicht gemacht, indem sie auch unter der neuen Machtverteilung unentwegt das Banner der unfruchtbareren Opposition hochhalten und es ablehnen, sich an der praktischen Arbeit für das Proletariat zu beteiligen.

Die Unabhängigen im Verein mit den Sozialisten haben es sich leicht gemacht, indem sie auch unter der neuen Machtverteilung unentwegt das Banner der unfruchtbareren Opposition hochhalten und es ablehnen, sich an der praktischen Arbeit für das Proletariat zu beteiligen.

früherer Tage, unter denen ein Teil solcher Menschen war, die mit unverantwortlichen Schlagworten, feichten Reden die tiefsten Instinkte der Arbeiter aufwühlten, statt sie, dem Gedanken der proletarischen Arbeiterbewegung gemäß, politisch aufzuklären.

Unter den Anhängern der Unabhängigen und der Kommunisten ist die Herrschaft des Schlagwortes und roborativer Tiraden aufgedreht worden. Das sind die Arbeiter, die nicht Luft haben, durch ernste, geistige Tätigkeit sich ihrer Klassenlage bewusst zu werden und gewissenhaft nach den Mitteln zu forschen, die Lage der Arbeiterklasse zu heben. Sie berauschen sich an heftigen Redensarten und ihr Wahnglaube läßt sie meinen, daß dadurch politische Taten überflüssig würden.

Von dieser gefährlichen Kaskade der Arbeiterbeeinflussung rückt die Sozialdemokratie und der „Vorwärts“ entschieden ab. Unter Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den wahren Lebensinteressen des Proletariats ist viel zu groß, als daß wir vermöchten, durch weites, müßiges Manuaufreißen die Arbeiterkraft in den geistigen Sumpf hineinzuführen, um sie schließlich darin verkommen zu lassen.

Gewiß gibt es in unserer Staat noch vielerlei Dinge, die teils verschwinden, teils von Grund auf gebessert werden müssen. Insbesondere muß der Kampf gegen die bürokratischen Ueberbleibsel des alten Regimes mit aller Entschiedenheit fortgeführt werden. Aber man muß sich klar sein darüber, daß das Millionenheer von Beamten nicht sofort innerlich umgeformt oder gar durch andere ersetzt werden kann. Denn dazu fehlt es uns noch an geeigneten, vorgebildeten Kräften und die Revolution ist so plötzlich gekommen, daß eine Vorbereitung von solchen Massen von Menschen, die bei der Neubestellung der wichtigen, leitenden Ämterstellen notwendig wären, unmöglich zu leisten war.

Die Reichsregierung ist ein Koalitionsgebilde. An ihr sind außer den Sozialdemokraten auch bürgerliche Parteien beteiligt. Und es ist klar, daß alle ihre Beschlüsse Kompromisse sind und nicht unseren reinen Parteigrundsätzen entsprechen. Soweit diese Beschlüsse hinter den Forderungen der Sozialdemokratie zurückbleiben, werden wir ihnen gegenüber stets in Opposition sein. Wo sie aber den programmatischen Forderungen der Arbeiter entsprechen, da werden sie von uns verteidigt und geschützt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß man uns noch so oft das Wort „Regierungsorgan“ hören läßt.

Saben wir an dem, was seit der Revolution in Deutschland geworden ist, nicht so außerordentlich vieles zu verteidigen? Kamohl, wenn wir es ernst meinen mit dem Wohl der Arbeiterklasse, dann müssen wir das verteidigen, was zu Ruh und Frommen der Arbeiterinteressen in Deutschland bisher geleistet worden ist. In der Gestaltung der politischen Demokratie sind die politischen Forderungen des sozialdemokratischen Programms zu einem großen Teil, im grundsätzlichen Teile bereits erfüllt. Und wir sollten die Regierung, die diese Errungenschaften schließt, in ihrer Tätigkeit zur Wahrung des Erreichten nicht unterstützen wollen? Das wäre Selbstmord, das wäre die Zertrümmerung all dessen, wofür wir jahrzehntelang gekämpft und gelitten haben. Das braucht gar nicht zu hindern, da wo unsere sozialdemokratischen Wünsche über das Erreichte hinausgehen, mit aller Bestimmtheit den darauf zielenden Willen der Arbeiterklasse zu betonen und uns gegenüber der Regierung in Opposition zu setzen. Aber wir dürfen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.

Es ist ja leider in Deutschland, infolge der geistigen Vermischung durch die Glendbryhose, ein gefährlicher Wille zur Entwertung, zur Verächtlichmachung und Mißachtung all dessen eingetreten, was wir sonst so hoch geschätzt und glühend verlangt haben. Jede heute noch leidenschaftlich vertretene Forderung wird, wenn sie morgen Gesetz geworden ist, als Nichts verächtlich beiseite geworfen. Das ist die große Krankheit!

Und wenn in kurzer Zeit das Gesetz über die Einrichtung der Arbeiterräte als öffentlich-rechtliche Institution her-

ausgenommen sein wird, dann werden viele Arbeiter enttäuscht darüber sein, daß damit die Beiratung um kein Gramm größer geworden ist.

Wenn morgen die Sozialisierung des Kohlenbergbaues als Gesetz erscheint, so werden die Arbeiter erkennen, daß ihnen damit zunächst nichts an ihrer verzweifeltsten Lage gebessert ist und sie werden leicht geneigt sein, in diesem Gesetz nichts anderes als ein Stück Papier zu sehen.

Ja, alle Gesetze sind zunächst ein Stück Papier. Und die meisten unter ihnen, namentlich soweit sie soziale und wirtschaftliche Arbeiterforderungen betreffen, sind nichts anderes, als das Werkzeug, das den Arbeitern dargebracht wird, damit sie durch ihren eigenen Geist und starke, kluge, verantwortliche Tätigkeit das sich gestalten, was sie wünschen. Die Sozialgesetzgebung ist das, was sie heute ist, nicht durch den gesetzgeberischen Akt, sondern durch die sozial verständige ernste Mitarbeit der Arbeiterschaft in der Gesetzgebung geworden. So ist es auch mit der Sozialisierung, so ist es mit der Demokratie und so ist es mit allen Dingen, die nicht die Obrigkeit, sondern die das Volk selbst tun soll. Die Sozialisierung wird immer soviel Segen nur zu spenden vermögen, als die Arbeiter an tüchtiger Kraft an ihr aufzuwenden in der Lage sind.

Was die Arbeiterschaft wünscht, kann nur durch eigene positive, aufklärte Arbeit geleistet werden. Die Regierung kann nicht jeden durch eine besondere Kindsmagd eine Saugflasche an den Mund halten lassen.

Wir wollen das Verantwortlichkeitsgefühl erhöhen, wir wollen den Arbeitern die wahre Bedeutung des politischen und wirtschaftlichen Geschehens in Deutschland vor Augen führen und verstehen lernen. Wir lehnen ab, nur um Opposition zu machen, der Radikalität der linksradikalen Blätter zu folgen, wir wollen die Arbeiterschaft zu positiver Arbeit und zu der Fähigkeit erziehen, als vollwertige Staatsbürger aus eigener Kraft das zu leisten, wonach ihre Hoffnungen streben.

Nu dem Sinne sind wir weder lediglich Oppositions- noch Regierungsblatt, sondern ein Arbeiterblatt, dem es mit den Interessen des Proletariats ernst ist.

Wie wir's meinen.

Beamte, die entlassen werden müssen.

In einer Bolemit gegen die „Deutsche Tageszeitung“, die über Besinnungsnechte und Wehntliches klagte, haben wir jüngst unsere Stellung gegenüber reaktionären Beamten klargelegt. Wir haben in unserer Ausführungen betont, daß kein Beamter wegen seiner privaten politischen Meinung oder Betätigung entlassen werden dürfe. Aber ebenso energisch verlangten wir, daß solche Beamte sofort befristet werden, die sich in ihren Amtshandlungen entgegen den Absichten und Bestimmungen der Regierung von reaktionären Geistes leiten lassen oder gar den Zweck ihrer Amtsführung darin sehen, den Anordnungen der Regierung aktiven und passiven Widerstand entgegenzusetzen. Wie wir erwarteten, hat die „Deutsche Tageszeitung“ getan, als könne sie diesen Unterschied nicht begreifen. Deswegen wollen wir hier ein paar praktische Beispiele anführen. Die „Neue Westfälische Zeitung“ berichtet in Nr. 11 unter der Ueberschrift „Zwischen unten und oben“ u. a. folgendes:

„Wenn es oben auch neu geworden ist und unten jung, dazwischen hat sich aber noch nichts geändert. Ein ergötzendes, aber doch treffendes Beispiel dafür erleben kürzlich die Kollegen in R. einem Ort im Reg.-Bez. Kassel. Da war der Regierungsrat B. bei den jungen Lehrern; er las und hörte ihre Not und hatte tiefen Trost; „Sie dürfen uns getrost alle ihre Forderungen vorlegen, auch eine Unterstützung können wir ihnen gewähren, es ist noch so viel da, daß auf jeden vielleicht 20 M. kommen, nur dürfen Sie nicht sozialdemokratisch werden.“

Ein Schulkolleg, der seinen Lehrern verdrösten will, sozialdemokratisch zu werden, muß sofort entlassen werden. Von Besinnungsnechtung kann hier umsoweniger die Rede sein, als diese Maßregel nur dazu dienen würde, die Lehrer

gen Angelegenheiten sehr in Sie erobert davon in Kenntnis, daß Ihre Amteingabe an Allerhöchster Stelle vorgelegen hat, und daß ich beauftragt bin, Ihnen den Allerhöchsten Dank für die Glückwünsche und die zum Ausdruck gebrachte deutschfreundliche Gesinnung zu übermitteln.“

Von den astronomischen Instrumenten ist darin, wie man sieht, nichts gesagt.

Die Freundschaftsbeziehungen zwischen China und Deutschland können unter den früheren Verhältnissen nicht ohne Risiko vertrauen sein. Denn wir Chinesen wissen ganz genau, daß sie hauptsächlich politischen Zwecken dienen. Dem dem hochherzigen Vorgehen der deutschen Regierung, das der Welt durch die Rückgabe der astronomischen Instrumente an China von der neuen Gestaltung der deutschen Politik Zeugnis ablegt und ihr ein schönes Beispiel gibt, werden auch die rein menschlich denkenden Chinesen ihr Vertrauen gegen Deutschland stellen lassen.

„Hoch die Menschlichkeit, nieder mit jeder Gewalttat!“ im völkervernünftigen Verle!“

Revolutionsdichtung im Meistersaal.

Revolutionsdichtung gehört zu den heiligsten Gütern der Völker, und die Arbeiterklasse vergaß ihre Pflicht nicht. Sie hüte den Schatz und hat die Kraft erworben, ihn zu wehren. Nun öffnen sich dieser Dichtung auch die großen Vortragsäle, die sonst nur andern Tönen dienen.

Unsere Grupp und Dank dem Werk, das gestern von Doktor Ludwig Brandt und Margarete Jacoby wertvoll geleistet wurde! „Kampfbildung, Kampf, Aufstreuung“ — in drei mit seinem Werk nach diesen Beispielen gefügten Gruppen zog Großes aus unserer Revolutionsdichtung heraus: ein mächtiges Heer kämpfender Mähnen und Denkers, weltanschauliches Sehen und Stürmen, geboren aus blutender, beständiger, in jauchendem Widerstandswillen emporgeworfener Volkseele, herausgesprengt in der Zeitpanne von Goethes „Prometheus“ über Deines wild anfliegendes Wehertied und Freiligraths scharfsichtige Schätze am Wiesenbaum bis zu Dehmels „Arbeitsmann“. Das Werk war deutsche Dichtung; aus fremder Sprache nur „Hens“, „Eidervogel“ und „Ada Regis“ wunderbar aufsteigender Artus „Gebt Raum!“ Einiges war eingestellt worden aus neuerer Zeit, zwei starke Gedichte aus dem engeren Kreis, den das Suderpaar Brandt-Jacoby in der Gesellschaft der Kammermusikanten (von der die Vierteljahrsschrift „Diogenes“ ausmacht) um sich gesammelt hat: ein Sonett „Der Despot“ von Franz Gräser und eine Vision von Willibald Kraus, diesem jungen Krieger, der sich in wuchtigen, allabendlich jenseitigen Allegorien erschauernd gegen den Krieg auflehnt hat. Sein Gedicht „Die Fährten“ ist aus gleicher erster Phäre.

Was diese Gruppe künstlerisch will, hat idealistischen Wang, Jamitten des Wirtstreibens junger Ideen will sie das Aufbegehren über das Verneinen stellen, in der Erkenntnis, daß jenes Schwere ist als dieser. So spricht sie sich manifestlich aus, und aus diesem

vor der Besinnungsnechtung durch den Schulkolleg zu klagen. — Noch ein zweites Beispiel: Ueber den Kreislauf in Pären (Westfalen) berichtet das „Westfälische Volksblatt“ Nr. 68 folgendes:

Auf dem heute unter dem Vorsitz des Landrats Winkelmann tagenden Kreisrat des Kreises Wären gedachte der Vorsitzende des früheren Kreisrat und während die Wären und eines Telegramms vor, in welchem der Kreisrat der mehr als dreißigjährigen unermüdeten Tätigkeit des Kreisrat für die Größe und Herrlichkeit des Deutschen Reiches und Preußens gedenkt und die Versicherung ausdrückt, daß diese Friedenswerke, die insbesondere auch das Aufblühen einer gelunden und starken Landwirtschaft ermöglichten, niemals vergessen werden würden. Die Ablehnung dieses Telegramms fand einstimmige Zustimmung.

Selbstverständlich kann es auch nicht geduldet werden, daß ein Landrat der preussischen Republik in amtlicher Eigenschaft und auf einer amtlichen Tagung für die gestürzte Monarchie Propaganda treibt. In Wählerversammlungen seiner Partei kann Herr Winkelmann reden und telegraphieren, was ihm beliebt. Aber in seiner amtlichen Eigenschaft als Landrat der preussischen Republik hat er jede monarchistische Propaganda zu unterlassen, und wenn er das nicht will, so muß er sofort aus seinem Amte scheiden. Wir erwarten, daß die preussische Regierung dem Landrat Winkelmann gegenüber die Konsequenz seines Verhaltens zieht.

Die Braunkohlenbergarbeiter gegen Spartakus.

Am 2. März fand in Senftenberg eine Konferenz der Vertrauensleute und Ausschüßmitglieder des Ober- und Niederlausitzer Braunkohlenarbeitervereins statt. Die Konferenz beschloß, sich mit dem Abschluß eines Tarifvertrages im Niederlausitzer Braunkohlenbergbau. Der von der Bezirksleitung vorgelegte Entwurf wurde in der Hauptsache anerkannt. Zum Schluß wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die von etwa 100 Vertrauensleuten und Ausschüßmitgliedern besuchte Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands begrüßt die von der Regierung der Nationalversammlung vorgelegten Gesetzesvorlagen über die Sozialisierung und Kohlenwirtschaft. Die Konferenz erwartet, daß diese Gesetze, ohne auf schnellstem Wege verabschiedet werden, damit die Sozialisierung des Bergbaues beschleunigt wird. Die Konferenz erkennt aber auch an, daß die Sozialisierung nur dann durchgeführt werden kann, wenn zunächst die notwendigen Vorbereitungen geschaffen sind. Als eine der wichtigsten Vorbereitungen muß die Konferenz die Demokratisierung der Betriebe bezeichnen. Diese Arbeit ist seit Jahrzehnten durch die Gewerkschaften in dankenswerter Weise geleistet worden. Jetzt gilt es, geschulte Gewerkschaftler in die Arbeiterausschüsse, Betriebsräte, Arbeitskammern usw. zu delegieren. Die dazu berufenen Verbandskameraden sind verpflichtet, die Interessen der Bergarbeiter und der Allgemeinheit mit Nachdruck zu vertreten. Sobald die Demokratisierung der Betriebe durchgeführt ist, ist der Weg zur Sozialisierung frei; sie kann aber nur in ruhiger, besonnener Arbeit durchgeführt werden. Die Bergarbeiter lehnen Experimente, die nur zu leicht scheitern, unter Wirtschaftlichen noch mehr zu verwirren, mit aller Entschiedenheit ab. Die Vertrauensleute beurteilen aber auch mit aller Entschiedenheit die in letzter Zeit von gewissenloser Seite betriebene Hege gegen die Gewerkschaften und ihre Führer. Durch eine solche Hege wird die dringend notwendige Gewerkschaftsarbeit gehindert und der Sozialisierung neue Schwierigkeiten bereitet. Auch im neuen Deutschland ist nach Ansicht der Konferenz eine weitere Stärkung der Gewerkschaften dringend erforderlich. Die in letzter Zeit vielfach vorgekommenen Streiks und Rufe sind nicht geeignet, unser Wirtschaftsleben zu festigen und eine recht baldige Sozialisierung des Bergbaues herbeizuführen. Streiktagen und Differenzen können zunächst auf dem Verhandlungswege beigelegt werden. Die Konferenz richtet deshalb an alle Arbeiter die dringende Aufforderung, sich in Zukunft nicht mehr zu planlosen Rufen und Streiks mißbrauchen zu lassen. Nur planmäßig und einigens arbeiten kann der Arbeiterschaft helfen und sie vorwärts bringen.“

Der Streik gegen den Märker von Jaurès wird am 24. März beginnen. Die Verhandlungen werden ungefähr 6 Tage in Anspruch nehmen.

Geiste ging auch das gestern — am Märzgeburtstag — dargebotene Revolutionskunstprogramm hervor. Zu dessen allgemeinem Wert kam also auch der besondere Reiz einer persönlichen Kundgebung. Das hob den Abend hoch und hell über das literarische hinaus: er hatte den Herzschlag der Gegenwart, war voll Durchgeistigung und voll kräftiger Form und reichte sich, gerüstet von Sehnsucht, aus dickerer Quall in Kampfschrei und Willenslust empor zur Lebensfreude. Durch leuchtete das Lärmerlied Goethes als Schlachtfeld auf.

Das der Abend in Kraft und Schönheit so voll gelingen konnte, forderte freilich eine einsehende Vortragskunst, wie die Veranstalter sie haben. Die mächtige Spannung der Stimme Brandts: sein lebendige Lyrik, die aufstrebende Form zu energiegeladenen Glanzgewalten, und das sarte, feinfühlerische Wesen Margarete Jacobys, das die literarische Bedeutsamkeit jedes Wortes verinnerlicht erfaßt und so merkbar über gedanklich bedrücktem Grunde zu stark leuchtenden Routen des Ringens und der Befreiung hinaufspringt, — die künstlerisch geordnete Vereinigung dieser so verschieden gearteten Kräfte ergab einen Sieg, den die zahlreiche Hörerschaft begeistert befehlte.

Notizen.

— Aufführung in Bremen. Im Bremer Volkstheater habe die Aufführung des neuen Stückes „Der dumme Franz“ von Reinhard Brack, dem Leiter des Berliner Staatstheaters, mit der Musik von Robert Winterberg, einen durchschlagenden Erfolg. Es ist ein Bänkelspiel, wirkt im Grenzgebiet zwischen Ludwig Thoma und Angenotter.

— Theater. In steinern Schauderhaus findet am 23. März, mittags 12 Uhr im Rahmen der „Dramatischen Gesellschaft“ die Aufführung der Tragödie „Die Waise“ von Rudolf Leonhard statt.

— Russl. Der einzige Kriegerabend von Claire Dux, am Sonntagabend 7 1/2 Uhr in der Wilhelmshalle, bringt Arlen von Mozart, Weber, Lohring, Verdi und Puccini.

Die Toten des Weltkrieges. Nach einer Statistik, die von dem Generalstab der amerikanischen Armee General March aufgestellt wird, beträgt die Zahl der Soldaten, die im Laufe des Weltkrieges getötet worden sind, 7.854.000. Auf die einzelnen Länder verteilen sich die Toten folgendermaßen: Rußland 1.700.000, Deutschland 1.600.000, Frankreich 1.325.000, Oesterreich-Ungarn 800.000, England 700.000, Italien 460.000, Türkei 250.000, Belgien 102.000, Bulgarien 100.000, Rumänien 100.000, Serbien und Montenegro 100.000, Vereinigte Staaten 50.000. Diese Statistik enthält nicht die Vermissten, von denen auch eine große Zahl als tot gelten muß.

— 20 Millionen für industrielle Forschung. Das englische Unterhaus hat für wissenschaftliche und industrielle Forschung 20 Millionen Mark bewilligt. Eine der Hauptaufgaben ist die Gründung von Forschungsbereinigungen; auch Unternehmungen der Industrie selbst sollen freigebig unterstützt werden.

Die Rückgabe der astronomischen Instrumente an China.

Von Chang Kuo Lian.

Der Krieg ist, wie der große Meister der preussischen Strategie sagte, ein wahres politisches Instrument, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, seine Durchführung mit anderen Mitteln. Daraus ergibt sich zunächst die Auslegung, daß nicht die einzelnen Individuen, sondern nur der Staat in der Lage sei, Politik zu treiben. Dieser Clausewitzsche Satz hat infolgedessen seine Wichtigkeit, als die bisherige Politik der Großmächte tatsächlich kriegerischer Natur war. Diejenigen Staaten aber, die nicht von der Bier nach Nacht und Reichum besetzt sind, müssen eine derartige Politik geradezu als unerträglich empfinden. Kein menschlich gegeben, ist diese Politik etwas Höfliches. Es kann sein, daß manche Bewunderer des glorreichen, aber vorübergehenden Ansehens der Mächte anderer denken. Aber ich bin fest überzeugt, daß meine Landsleute sich imstande sein werden, rein menschlich denken zu können. Also werden sie auch bei der Rückgabe der astronomischen Instrumente nur rein menschlich von der deutschen Regierung denken.

Ich fühle das Bedürfnis, einiges wörtlich aus einem meiner früheren Schreiben an den ehemaligen deutschen Kaiser Wilhelm II. über die Rückgabe der astronomischen Instrumente öffentlich wiederzugeben. Es war Anfang 1917; die diplomatischen Beziehungen Chinas zu Deutschland waren noch nicht abgebrochen.

Der Geburtagster Kaiser Wilhelm II. erschien mir als die beste Gelegenheit, einen Wunsch auszusprechen, dessen Erfüllung ich schon lange von ganzem Herzen erhoffe, nämlich die hochsinnige Rückgabe der astronomischen Instrumente an das chinesische Volk. — Nach dem Vorkaufstand verzichtete die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf eine Kriegserklärung unter der Bedingung, daß China dies Geld benutze, junge Leute zum Studium nach Amerika zu senden. Jeder Chinese ist sich bewußt, wie freundschaftlich sich durch dieses Entgegenkommen Amerikas die Beziehungen zwischen beiden Nationen gestaltet haben. Von unendlich größerem Wert sind China jedoch jene astronomischen Instrumente, denn Weltsummen können durch Fleiß und Sparsamkeit aufgebracht werden, während jene als ein Kulturwerk der chinesischen Geschichte, als ein Denkmal für das Zusammenwirken der abendländischen und morgenländischen Kultur einzig und uniederbringlich dastehen, deren Verlust deshalb jeder Chinese mit Schmerz empfindet. Mit welcher hoher Freude würde aber China die Rückgabe der astronomischen Instrumente begrüßen, wie eng würden sich dadurch die Freundschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China gestalten!

Als Antwort erhielt ich folgendes von dem Vizepräsidenten zu Berlin-Schönberg unterschriebenes Schreiben. Da war China nicht mehr neutral.

Auf Verfügung des Königlich Preussischen des auswärtigen

Zum Rücktritt von Gerlachs.

Herr v. Gerlach, der sein Amt als preussischer Unterstaatssekretär niedergelegt hat, überliefert die „Neuen Berl. Bl.“ eine Erklärung über die Gründe seines Rücktritts. Er gibt an, daß er schon im Januar Meinungsverschiedenheiten mit dem Ministerium wegen der Kolonialfrage gehabt habe. Ferner ist Herr v. Gerlach mit der Politik der Reichsregierung, namentlich mit der Zusammenziehung der Friedensdelegation und der Käuflichkeit Kossels nicht einverstanden. Schließlich hat Herr v. Gerlach die programatische Rede Heines nicht billigen können, weil sie sich gegen die Unabhängigen richtete, während v. Gerlach ein Zusammengehen mit den Unabhängigen für notwendig hält. Auch billigt v. Gerlach schließlich die Ankündigung nicht, daß der Belagerungszustand in vollem Umfang aufrechterhalten bleibt.

Da das preussische Ministerium sowie in den nächsten Tagen von der preussischen Nationalversammlung neu gestaltet werden wird, hat Herr v. Gerlach Rücktritt nur demonstrative Bedeutung. Wichtig ist zu bemerken, daß der erwiesene Parteianteil der Unabhängigen an dem bewaffneten Aufstand die Rede Heines und die sonst von Herrn v. Gerlach hemmenden Maßnahmen der Regierung notwendig machte. Es ist auffällig, daß der sonst so stark zur Schau getragene Pragmatismus des Herrn v. Gerlach kein Wort der Zurückhaltung für die politischen und intellektuellen Urheber des Bürgerkrieges hat. Die „Welt am Montag“-Politik der radikalen Seite ist freilich bequemer. Die Regierung kann aber nicht ihre Maßnahmen unter dem Gesichtspunkte treffen, daß der Referat des v. Gerlach'schen Montagblattes erhalten bleibt.

Wahlen zum zweiten Rätekongress.

Zu den Richtlinien für die Wahlen zum Rätekongress wird vom Zentralrat im Einverständnis mit dem Reichsärztnernamt zur Behebung von Zweifeln bestimmt:

Wo Bauern- und Landarbeiterräte noch Mangel der Verordnung des Reichsärztnernamts, vom 22. November 1918 bestehen, gilt je ein aus der Gruppe der Bauern und je ein aus der Gruppe der Landarbeiter von jeder Gruppe zu bestimmender Vertreter als einer der Abgeordneten zur Wahlkreisversammlung. Ebenso gilt ein von einem allgemeinen Arbeiterrat im gleichen Ort gewählter Vertreter als Abgeordneter zur Wahlkreisversammlung. Sind auf diese Weise mehrere Abgeordnete für einen Ort bestellt, so haben diese gleichwohl nur eine Stimme. Hat der Ort über 5000 Einwohner, so haben die Abgeordneten gemeinsam die der Einwohnerzahl entsprechende Anzahl von Stimmen. Einigen sich mehrere Abgeordnete eines Ortes nicht darüber, wer von ihnen Stimmführer sein soll, so entscheidet die Wahlkreisversammlung.

Wer faßt das noch? Antisemitische Phantasien.

In der „Deutschen Zeitung“, deren wackere antisemitische Gesinnung doch sicher unüberdächtig ist, lesen wir jüngst, daß der ganze Spartakusaufstand von den Juden ausgehe. Es wurde sogar berichtet, daß das geheime Abzeichen der Kommunisten der „Judenstern“ sei. Nun aber erhalten wir eine Liste zur Geld- und Unterschriftenammlung zugewandt, von der zurzeit eine Anzahl Exemplare in Berlin kursieren sollen, und an deren Kopf folgendes zu lesen steht:

Wir protestieren gegen eine jüdische Regierung! Wir wollen von Deutschen, rein germanischen Blutes regiert sein! Wir betrachten es als eine Schmach, daß in allen maßgebenden Fragen des Reiches die Juden Vertreter sind und sich an die Spitze setzen wollen und zum großen Teil sitzen, usw. usw.

Das geht über unsere Begriffe. Wir haben also eine jüdische Regierung, trotzdem organisieren die Juden den Spartakusaufstand, um die jüdische Regierung zu stürzen. Alles, was wir in den letzten Wochen erlebt haben, war also nur ein innerer Bürgerkrieg des Judentums, das noch nicht ein Prozent der Bevölkerung ausmacht. Wo denn nur die übrigen 99 Prozent während dieser Zeit gewesen sind?

Industrie und Handel.

Börse.

Die Börse lebte heute nicht einseitig ein. Die Anfangsläufe am Markt der Werte mit laufenden Notierungen zeigten bei Montanwerten, u. a. für Bismarckhütte und Bodumer, Kursrückgänge, während bei den meisten übrigen Werten die Veränderungen in engen Grenzen blieben. Auslandsberichte lagen anfangs nicht einseitig, konnten sich aber ebenso wie Schiffbauaktien im weiteren Verlaufe erholen. Ueberhaupt wurde die Tendenz spärlicher. Ausgehend von Völklinger Hütten, die 1/4 Proz. anwogen, machte sich für Montanwerte lebhafter Nachfrage geltend, bei insbesondere Wäldner und Gelsenkirchen anwogen. Schwächer lagen Rückgangswerte, hier besonders Rheinmetall, die erheblich im Kurse nachgaben. Kreditanleihen wurden zu niedrigeren Kursen gehandelt.

Gewerkschaftsbewegung

Ueber erhebliche Missetände in den Wäschereien

wird seitens der Wäschmeister Klage geführt. Infolge notwendiger Verwendung weiblicher Arbeitskräfte während des Krieges sind die Wäschereien in den Wäschereien momentan in sehr verübterem Zustande. Teilweise fehlt es an jeglicher Schutzvorrichtung, teilweise am Verschluss, so daß erhebliche Unfallsgefahren bestehen. Daneben werden Löhne gezahlt, die der heutigen Teuerung keineswegs entsprechen. Auch in sanitärer Beziehung scheinen die Verhältnisse vieles zu wünschen übrig zu lassen. Allerdings haben diejenigen, die unter solchen Umständen arbeiten müssen, die Möglichkeit, durch Zusammenchluss in einer fest gegründeten Organisation die Missetände zu bekämpfen. Hieran scheint es in den Wäschereien jedoch zu mangeln. Der Eintritt in die für die Berufsgruppe bestimmten Organisation ist daher erste Voraussetzung, wenn solche Missetände mit Erfolg bekämpft werden sollen.

Deutscher Werksarbeiterverband.

Am Donnerstag den 20. März, nachmittags 4 Uhr, Brandenburger Versammlung der Sigarettenmaschinenfabriken in den Kullerrieden, Kaiser-Wilhelm-Strasse. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Tarif, 2. Brandenburger Angelegenheiten.

Berichtigung. Zu unserer Notiz, wonach vom Metallarbeiterverband, Deutscher Arbeiterverband, 20 Angestellte gesucht werden, ist zu berichten, daß Bewerbungen bis zum 22. (nicht 20.) März einzuliefern sind.

Groß-Berlin

Der Totschlag an dem Genossen Dauschel.

Die Frau und Tochter des Erschossenen geben über den Verlauf der geradezu furchtbaren Tragödie folgende Darstellung:

Am Dienstagabend wurde in meiner Wohnung nach Waffen gesucht. Einer der anwesenden Revolverbesitzer sagte zu mir, indem derselbe mir eine Eier- oder Kugel-Handgranate zeigte, sehen Sie mal, so etwas liefert sich schon verstanden. Ich sagte dem Soldaten, so etwas existiert in meiner Wohnung nicht. Darauf wurde alles durchsucht. Es wurden gefunden: eine Teilerpfeife, sogen. Kinderpfeife, ein Seitengewehr aus dem Weltkrieg und die Metallringe von einem Handgranatenstiel, welcher aus meiner Kochmaschine herausgeholt wurden. Nachdem die Soldaten die Metallringe gefunden, sagten sie: „Es genügt“. Da mein Sohn zufällig nicht zu Hause war, wurde von der Abführung abgesehen, weil ich erklärte, die Sachen von dem Handgranatenstiel gehörten meinem Sohn. Daraufhin kamen dieselben Soldaten am Mittwoch früh und verhafteten meinen Sohn und meinen Mann aus dem Bett heraus. Mein Mann und mein Sohn machten sich fertig und nahmen sämtliche Papiere, außerdem nahm mein Sohn noch seinen Arbeitsschein und den zweiten Handgranatenstiel mit, welcher schon mit Schamieren versehen war, und das obere Teil, welches schon ohne Pulver war. Den zweiten Handgranatenstiel und das obere Teil hatten die Soldaten nicht gesehen, weil ihnen die vorgeführenen Metallringe genügt. Mein Sohn hat aber, um zu beweisen, zu welchem Zweck die Sachen dienen sollten, diesen mitgenommen, da es doch ganz harmlose Sachen waren. Darauf wurden mein Sohn und mein Mann abgeführt. An Widerstand bei der Abführung ist nicht zu denken, weil sich dieselben ihrer Unschuld bewusst waren. Dasselbe können auch verschiedene einwandfreie Augenzeugen, die hier im Hause wohnen, bestätigen. Mein Mann und mein Sohn hingerbracht wurden, kam ich nicht gegen. Ich erhielt an demselben Tage nachmittags die Nachricht, daß meine beiden Ernährer erschossen und im Krankenhaus am Urban eingeliefert worden sind. Ich machte mich auf den Weg mit meinem Schwager und meinem Neffen, ob dieses Ungehörige auch wirklich auf Wahrheit beruht, fand aber die furchtbare Nachricht bestätigt.

Wir erwarten, daß sofort Schritte unternommen werden, um die Verantwortlichen dieser furchtbaren Tat zu ermitteln und festzunehmen.

In welche Situation aber ruhige Einwohner kommen können, zeigt eine uns übermittelte Zuschrift eines Ermittlungsbeamten. Derselbe hat im Sommer 1918 von der A.G. in der Brunnenstraße eine Fuhre Brennholz gekauft und als solches neue Handgranatenstiele erhalten, um sie im Winter zu verbrennen. Auch der Wirt seines Hauses hat ebenso wie er, noch einige Hundert von diesen gefährlichen Dingen zu liegen.

Mit Recht ruft der Mann die bange Frage auf, was ihm wohl geschehen wäre, wenn bei ihm Hausdurchsuchung gehalten und dabei die Stiele gefunden worden wären?

Auch dieser Fall beweist, wie leicht jemand in eine falsche Situation geraten und dadurch nie wieder gutzumachender Schaden entstehen kann.

Sommerzeit vom 15. April ab. Wie wir erfahren, hat sich die Reichsregierung für die Einführung der Sommerzeit vom 15. April bis 15. September entschieden. Die Verordnung liegt gegenwärtig dem Staatenschausatz vor.

Staatsbürgererziehung in Jugendvereinen.

In dem Bericht für Jugendpfleger und Jugendpflegerinnen, aus dem wir über den Eröffnungsvortrag berichtet haben, sprach am zweiten Tag der Berliner Stadtbürgerliche Genosse Dittmer, Mitglied des freien Jugendbundes Groß-Berlin, über „Die Notwendigkeit der staatsbürgerlichen Erziehung im Jugendverein“. Einleitend stellte er fest, daß bisher das deutsche Volk sich nicht genügend mit Politik beschäftigt hat und daß dies eine Hauptursache unserer jetzigen politischen und wirtschaftlichen Nöte ist. Wir müssen, mahnte er, um künftig gescheiterte Staatsbürger zu haben, schon bei der Jugend einwirken. Schulen und Fortbildungsanstalten könnten da mehr leisten, aber eine wertvolle Ergänzung bleibt neben ihnen die freie Fortbildung. Reges Interesse zu staatsbürgerlichen Fragen zeige die Jugend schon lange, doch wolle die Jugendpflege nicht in das Grenzgebiet der „Politik“ hineingeraten. Nach diesem Krieg hat unsere Generation die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die nächste Generation nicht in eine ähnliche Situation kommt. Schon aus der jetzigen Situation sich herauszuarbeiten, ist schwer und erfordert bessere staatsbürgerliche Erkenntnis. Wir wollen nicht eine nur parteipolitische Belehrung der Jugend. Wir müssen Klarheit über die wichtigsten volkswirtschaftlichen Begriffe schaffen, nachdem auf diesem Gebiete bisher in Schulen und Jugendvereinen alles veräuert worden ist. Der Redner wies hin auf den Rückstand, der eine Umwälzung der Produktion bringen muß, auf die Erwerbslosenfrage, die unter den Nachwirkungen des Krieges nach Entlohnungen steht, auf die Arbeiterfrage, die einen neuen Faktor im Wirtschaftsleben bedeuten, auf das neu zu gestaltende Arbeitsrecht, wobei man an eine Art Radikalkonstitution denkt. Er sprach von der Sozialisierung, über deren Wesen noch große Meinungsverschiedenheiten bestehen, von der rationelleren Produktion, die nach ihr kommen soll, von der Pflicht zur Arbeit, die eine sozialistische Forderung ist und sein war. Den Strömungen dieser Zeit hat die Jugendpflege zu folgen. Jetzt gilt es, die sozialen Gedanken und die sozialistischen zu vertiefen. Das Veranlassungsfeldgefühl, das vielen verloren gegangen ist, muß wieder werden. Zur Anteilnahme an der Gesamterkenntnis: muß jeder einzelne erziehen werden, und hierbei fällt den Jugendvereinen eine wichtige Rolle zu. In ihnen muß unser Nachwuchs durch staatsbürgerliche Belehrung erfahren nicht nur, was ist, sondern auch, was wird und auch, was werden soll. Es kommt darauf an, schloß Genosse Dittmer, unser deutsches Volk wieder fähig zu ideologischer Bestrebungen zu machen. Doch es wieder stark genug nach innen wird, dazu wollen wir durch staatsbürgerliche Erziehung der Jugend die Vorbereitungen schaffen. Denn brauchen wir nicht danach zu streben, daß Deutschland wieder, wie man so sagt, stark nach außen wird. Mit der „Stärke nach außen“ ist es, das haben wir ja gesehen, ein eigen Ding. Staatsbürger in des Wortes volkwirtschaftlicher Bedeutung wollen wir heranziehen — dann können wir für Deutschland wieder hoffen.

Zu dem großen Juwelenraub unter den Linden, worüber wir berichtet, wird mitgeteilt, daß trotz eifrigster Nachforschung der Kriminalpolizei von den Räubern noch keine Spur gefunden ist. Zur Auffindung des Raubes wird wesentlich der Kraftfahrzeugführer beitragen können, mit dessen Fahrzeug die Täter ihre Route von der Rossmarktstraße aus verfolgten. Es war am Montag nachmittags gegen 3 Uhr. Dieser Kraftfahrzeugführer wird ersucht, sich im Zimmer 79 des Polizeipräsidiums zu melden. Auf seine Ermittlung ist eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt. Die Gesamtbelohnung, die auf die Ergreifung der Täter und die Wiederbeschaffung ihrer Beute ausgesetzt ist, beträgt 20000 M. Alle verdienstlichen Angaben sind an Kriminalkommissar Treitin, Polizeipräsidium, Kurf 608, zu richten.

Es gibt noch Oftereier.

Zwar nicht auf Marken und für die ordinären Massen der Großhandlungen — aber für den Herrn Pastor in Diebenwalde. Dem schenkte der Frauenverein zur Verlobung gleich an 100 schönbemalte Eier und Butter und Fett dazu. Aber es' man's gedacht, erlischen mitten im Feste der Arbeiterrat, der das alles beschlagnahmte und dem Krankenhaus für seine stützungsbedürftigen Insassen überwieb.

Schutz den Landeskolonien! Durch rücksichtsloses Durchwählen der Landeskolonien nach möglicherweise verborgenen Waffen wird nicht nur das Privatvermögen armer Arbeiter und fleißiger Bauern geschädigt, sondern auch die Volksernährung durch das Zertrampeln der Saatens usw. Das sollten die Truppen denn doch beachten!

Dier Wochen wartet jetzt ein Stellungsuchender auf einen Bescheid der Eisenbahndirektion, trotzdem er eine 10 Pf.-Marke beigefügt hatte. Staucht denn der Amtschimmel auch Papier, damit er besser traue?

Eine unaufgeklärter Leichensand beschäftigt die Behörden. Am Gartenufer wurde gestern nachmittags an der Freischützbrücke ein unbekannter Mann aus dem Landwehrkanal gefischt. Er hat eine Schnittwunde am Hals. Der tote Kriegsmilitärkrieger und scheint ein entlassener Soldat zu sein. Nach dem Befunde und den Umständen liegt wahrscheinlich Selbstmord vor. Der Mann hat sich wahrscheinlich am Rande des Kanals durch einen Schnitt in den Hals töten wollen und dann ins Wasser gestürzt. Er ist etwa 38 bis 40 Jahre alt und 1,84 Meter groß und hat dunkelblondes Haar und eine kleine Glanz. Die Leiche hat etwa acht Tage im Wasser gelegen.

Spurlos verschwunden ist seit Mittwoch, den 12. März, nachmittags 2 Uhr von der Wohnung seiner Eltern der Bergbauarbeiterlehrling Edmund Wosch, geb. 25. November 1906 zu Friedriehshagen. Bekleidet war derselbe mit einer schwarzen Jacke, einer grauen Hose (Militärstoff), einem schwarzen, weichen Hut, schwarzen Strümpfen und Holzpantoffeln. Wir bitten nachmals, Nachrichten an die Eltern: Friedriehshagen, Kottbusenerstr. 4 oder an die Firma Überle u. Virl, Alte Jakobstr. 11/12 gelangen zu lassen.

Die Pfändergrenze bei Löhnen und Gehältern liegt noch immer bei 2000 Mark — einem Betrag, der längst unter dem Existenzminimum liegt. Scharfste Erhöhung dieser Grenze ist eine dringende soziale Notwendigkeit.

Lehrerinnen-Palast. Ein interessanter Problemfall gelang am Freitag zur Klärung. Das Verbot der „Mein Werte ist Gesetz“ und Spiel in seiner Fassung zwischen Kaiser und Peterburg. — Ein wichtiges neues Bild und eine interessante Naturaufnahme ergänzen den Spielplan.

Die Vorlesungen beginnen Hochentags um 5, 6 $\frac{1}{2}$, und Sonntag um 3, 4 $\frac{1}{2}$, und 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Marienthorf. Die Hausbesitzer wollen streiken. Die Hauswirte haben der Gemeindevertretung angeordnet, daß sie vom 1. April ab die Verteilung und Abholung der Lebensmittelkarten für die Mieter nicht mehr übernehmen würden. Diese merkwürdige Maßnahme wurde offiziell damit begründet, daß sie eine Gegenmaßnahme gegen den Generalstreik sei. Das Verhalten der Hauswirte erscheint nach Mitteilung des Marienthorfer Arbeiterrates allerdings in etwas anderem Lichte. Danach basiert das Ultimatum der Haus- und Grundbesitzer auf einer einfachen — Lohnforderung. In dem Schreiben an den Arbeiterrat behaupten die Hausbesitzer, daß die Abholung und Verteilung der Lebensmittelkarten für die Mieter mit einer für den Hauswirt nicht unerheblichen Arbeit verknüpft sei und daß diese Arbeit deshalb entlohnt werden müsse. Die Höhe der finanziellen Forderungen ist vom Hauswirtsverein Marienthorf allerdings noch nicht fixiert worden. Im übrigen dürfte es kaum zu dem Streik der Hauswirte in dem genannten Bezirk kommen, da der Arbeiterrat zusammen mit dem Arbeiterrat entschlossen ist, alle geschlichen Maßnahmen in Anwendung zu bringen, falls die Hauswirte am 1. April ihren Verpflichtungen nicht nachkommen sollten. Die Grundbesitzer sind bekanntlich durch Gesetz verpflichtet, die Regelung der Anmietung und Herbeischaffung der Lebensmittelkarten für ihre Mieter rechtzeitig und pünktlich auszuführen.

Volkskom. Stadtverordnetenversammlung. Die erste Sitzung des neuen Parlaments fand Dienstag im Hofsaal des Palastes Barberini statt. Oberbürgermeister Vosberg begrüßte die Versammlung mit einer kurzen Ansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß sich nun alle wiederfinden mögen zu gemeinsamer Arbeit zum Besten der Stadt und ihrer Bürger. Vor der Verteilung der goldenen Amtsketten gab der Stadtv. Sieckmann namens der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft die Erklärung ab, daß keine sozialdemokratische Fraktion des Tragen der Amtsketten ablehnen. Die übrigen Fraktionen erklärten sich zum Tragen der Amtsketten bereit und nahmen sie in Empfang. Auf Vorschlag des Vertreters der Deutschnationalen Volkspartei Rechtsanwalt Dr. Rosbald wurde unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Bolle die bisherige Geschäftsordnung einer vorläufigen Änderung unterzogen und ein Geschäftsordnungsausschuß von 9 Mitgliedern gewählt. Auf einstimmig anerkanntem Vorschlag schritt man hierauf zur Bildung des Vorstandes aus Mitgliedern aller Parteien. Im Gegensatz zur früheren Zusammenfassung wählte man zwei stellvertretende Vorsitzende und einen Beisitzer. Als Stadtvorordnetenvorsteher wurde Rechtsanwalt Dr. Rosbald mit 53 Stimmen, als Stellvertreter Stadtv. Hermann (Demokrat) mit 56 Stimmen, Hausmann (U. S. P.) mit 48 Stimmen, als Schriftführer Stadtv. Hofmann (Deutsche Volkspartei) mit 55 Stimmen und als Beisitzer Stewesand (S. P. D.) mit 55 Stimmen gewählt. Von der Bildung des Wahlausschusses wurde Abstand genommen. Die Versammlung schritt gleich zur Wahl der wichtigsten Ausschüsse. Im Finanzausschuß erhielten die Deutschnationalen vier Sitze, die Demokraten, Mehrheitssozialisten und Unabhängigen je drei Sitze und je einen Stellvertreter, die Deutsche Volkspartei zwei Sitze und einen Stellvertreter, die Christliche Volkspartei einen Sitz. Entsprechend dem Stärkeverhältnis erfolgte danach die Zusammenfassung des Ausschusses für Kassen- und Rechnungswesen und der übrigen Ausschüsse. Als Sitzungstag wurde der Freitag beibehalten und der Sitzungsbeginn auf 6 Uhr festgesetzt.

Neußka. Ein Mütter- und Säuglingsheim wird demnächst am Raziendorfer Weg im Bau begonnen werden. Es sind 6000 bzw. 8000 M. für vorläufig 100 Säuglinge, 50 Mütter, eine große Anzahl Säuglingsfürsorgepersonen und das erforderliche Kitz- und Wirtschaftspersonal vorgesehen.

Neußka. Volkstümliche Vorträge. Am 22. März, abends 8 Uhr, findet in der Aula der Realschule Bodnstraße 34/1, der am 8. März er. ausgefallene Vortragsabend der Konversationskranke Rotsch von Koch unter Mitwirkung von Herrn Professor Bauer-Rohr statt. Karten sind in den bekannten Geschäften, sowie im Rathaus, Zimmer 218a, 2 Treppen und an der Abendkasse erhältlich.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Grünen. Donnerstag, 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Versammlung des Wahlvereins bei Wobbe, Friedrichstraße 4.
Oberbürgermeister. Dienstag, 7 Uhr, bei Dra's, Wilhelmstr. 10. Mitglieder-Versammlung. Neuaufnahmen werden entgegengenommen.

Jugendveranstaltungen.

Berein Arbeiterjugend Berlin. Donnerstag 7 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Sieck, Berliner Str. 10: Refo- und Spielabend.

Verantwortlich für Politik: Ernst Hilfer, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Walter Götze, Neußka; für Anzeigen: Theodor Wiede, Berlin, Verlag: Buchverlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Buchverlag-Gesellschaft und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstraße 1.

